

Niederschrift

über die **45. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung
am Donnerstag, 25.11.2010, 17.00 Uhr,
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

- | | | |
|-----|---|-------------|
| 1. | Satzung zur Änderung der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) vom 24.01.2000 in der Fassung der Ersten Änderung vom 26.08.2002 (Zweite Änderung) | 101.16.1897 |
| 2. | Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kassel in der Fassung vom 16.06.1997 (Fünfte Änderung) | 101.16.1924 |
| 3. | S.I.G.N.A.L. | 101.16.1915 |
| 3.1 | AFK Arbeitsförderung Kassel - Stadt GmbH | 101.16.1941 |
| 4. | Integration von Migrantinnen und Migranten | 101.16.1874 |
| 5. | Eingriff des Landes in die Kommunale Selbstverwaltung abwehren | 101.16.1875 |

Vorsitzender Kieselbach eröffnet die mit der Einladung vom 17.11.2010 ordnungsgemäß einberufene 45. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Der Magistrat beantragt, die Tagesordnung um folgenden Punkt zu ergänzen:

AFK Arbeitsförderung Kassel - Stadt GmbH
Vorlage des Magistrats
101.16.1941

Der Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung : --

Enthaltung : --

den

Beschluss

Dem Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung um den Antrag des Magistrats betr. AFK Arbeitsförderung Kassel - Stadt GmbH, 101.16.1941 wird zugestimmt.

Auf Antrag von Stadtverordneten Geselle, SPD-Fraktion, wird der Tagesordnungspunkt 4

Integration von Migrantinnen und Migranten

Anfrage der SPD Fraktion

101.16.1874

heute von der Tagesordnung abgesetzt und Tagesordnungspunkt 5

Eingriff des Landes in die Kommunale Selbstverwaltung abwehren

Anfrage der SPD-Fraktion

101.16.1875

von der SPD-Fraktion zurückgezogen.

Die geänderte Tagesordnung wird von Ausschussvorsitzendem Kieselbach festgestellt.

1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) vom 24.01.2000 in der Fassung der Ersten Änderung vom 26.08.2002 (Zweite Änderung)

Vorlage des Magistrats

- 101.16.1897 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung über die Änderung der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) vom 24.01.2000 in der Fassung der Ersten Änderung vom 26.08.2002 (Zweite Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Vorsitzender Kieselbach weist die Ausschussmitglieder darauf hin, dass im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion eingebracht wurde, der auch heute zur Beratung vorliegt.

➤ **Änderungsantrag der SPD-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten folgenden Beschluss zu fassen:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

...unter Berücksichtigung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 04.10.2010, 101.16.1484.“

Der Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG

Ablehnung: FDP

Enthaltung: CDU

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) vom 24.01.2000 in der Fassung der Ersten Änderung vom 26.08.2002 (Zweite Änderung), 101.16.1897, wird **zugestimmt**.

➤ **Durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderter Antrag des Magistrats**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung über die Änderung der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) vom 24.01.2000 in der Fassung der Ersten Änderung vom 26.08.2002 (Zweite Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung **unter Berücksichtigung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 04. Oktober 2010, 101.16.1484.“**

Der Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne
Ablehnung: CDU, FDP
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderten Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen im Gebiet der Stadt Kassel und über Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung) vom 24.01.2000 in der Fassung der Ersten Änderung vom 26.08.2002 (Zweite Änderung), 101.16.1897, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Jakat

2. **Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kassel in der Fassung vom 16.06.1997 (Fünfte Änderung)**
Vorlage des Magistrats
- 101.16.1924 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kassel in der Fassung vom 16.06.1997 (Fünfte Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.“

Der Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kassel in der Fassung vom 16.06.1997 (Fünfte Änderung), 101.16.1924, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Schild

3. S.I.G.N.A.L.

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG sowie des Stadtverordneten Häfner
- 101.16.1915 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel verurteilt ausdrücklich Gewalt gegen Frauen bzw. häusliche Gewalt, die ein schweres Delikt darstellen und das Menschenrecht auf Gewaltfreiheit verletzt.

Sie verurteilt diese Delikte, die Tötungen, Vergewaltigungen, Bedrohungen, Nötigungen, Freiheitsberaubungen, Sachbeschädigungen, Beleidigungen, Verstöße gegen das Gewaltschutzgesetz und andere beinhalten.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt das Interventionsprogramm zur Verbesserung der Versorgung von Betroffenen häuslicher Gewalt - S.I.G.N.A.L. - im Klinikum Kassel und bittet alle betroffenen Gesundheitseinrichtungen wie Kliniken, ärztl. Notdienst, Hausärzte, Gynäkologen etc., dieses Projekt in Zusammenarbeit mit dem Klinikum aufzunehmen oder selbst vergleichbare Projekte einzurichten.

Stadtverordnete Jakat begründet ausführlich den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG und Stadtverordneten Bernd W. Häfner.

Im Rahmen der Diskussion bringt Stadtverordneter Schild, CDU-Fraktion, einen Änderungsantrag ein.

➤ Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel verurteilt ausdrücklich Gewalt **bzw. häusliche Gewalt, insbesondere gegen Frauen**, die ein schweres Delikt darstellen und das Menschenrecht auf Gewaltfreiheit verletzt.

Sie verurteilt diese Delikte, die Tötungen, Vergewaltigungen, Bedrohungen, Nötigungen, Freiheitsberaubungen, Sachbeschädigungen, Beleidigungen, Verstöße gegen das Gewaltschutzgesetz und andere beinhalten.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt das Interventionsprogramm zur Verbesserung der Versorgung von Betroffenen häuslicher Gewalt - S.I.G.N.A.L. - im Klinikum Kassel und bittet alle betroffenen Gesundheitseinrichtungen wie Kliniken, ärztl. Notdienst, Hausärzte, Gynäkologen etc., dieses Projekt in Zusammenarbeit mit dem Klinikum aufzunehmen oder selbst vergleichbare Projekte einzurichten.

Der Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU, FDP
Ablehnung: Kasseler Linke.ASG
Enthaltung: B90/Grüne
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion betr. S.I.G.N.A.L., 101.16.1915, wird **zugestimmt**.

- **Durch Änderungsantrag der CDU-Fraktion geänderter gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG und Stadtverordneten Bernd W. Häfner**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel verurteilt ausdrücklich Gewalt **bzw. häusliche Gewalt, insbesondere gegen Frauen**, die ein schweres Delikt darstellen und das Menschenrecht auf Gewaltfreiheit verletzt.
Sie verurteilt diese Delikte, die Tötungen, Vergewaltigungen, Bedrohungen, Nötigungen, Freiheitsberaubungen, Sachbeschädigungen, Beleidigungen, Verstöße gegen das Gewaltschutzgesetz und andere beinhalten.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt das Interventionsprogramm zur Verbesserung der Versorgung von Betroffenen häuslicher Gewalt - S.I.G.N.A.L. - im Klinikum Kassel und bittet alle betroffenen Gesundheitseinrichtungen wie Kliniken, ärztl. Notdienst, Hausärzte, Gynäkologen etc., dieses Projekt in Zusammenarbeit mit dem Klinikum aufzunehmen oder selbst vergleichbare Projekte einzurichten.

Der Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch Änderungsantrag der CDU-Fraktion geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke.ASG und Stadtverordneten Bernd W. Häfner betr. S.I.G.N.A.L., 101.16.1915, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Friedrich

3.1 AFK Arbeitsförderung Kassel - Stadt GmbH

Vorlage des Magistrats
- 101.16.1941 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Liquidation der Arbeitsförderung Kassel-Stadt GmbH zum 31. Dezember 2010 wird zugestimmt.
2. Als Liquidatoren werden die Geschäftsführer Detlev Ruchhöft und Jan Rümenap bestimmt.
3. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.“

Der Ausschuss für Sicherheit, Recht, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. AFK Arbeitsförderung Kassel - Stadt GmbH, 101.16.1941, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

4. Integration von Migrantinnen und Migranten

Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.16.1874 -

Abgesetzt.

- 5. Eingriff des Landes in die Kommunale Selbstverwaltung abwehren**
Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.16.1875 -

Die Anfrage wurde von der Anfrage stellenden Fraktion zurückgezogen.

Ende der Sitzung: 17:26 Uhr

Wolfram Kieselbach
Vorsitzender

Andrea Turski
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 45. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Recht,
Integration und Gleichstellung am
Donnerstag, 25.11.2010, 17.00 Uhr
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Wolfram Kieselbach, CDU
Vorsitzender



Peter Liebetrau, SPD
1. stellvertretender Vorsitzender



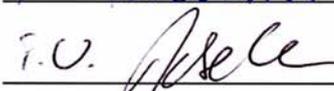
Frank Oberbrunner, FDP
2. stellvertretender Vorsitzender



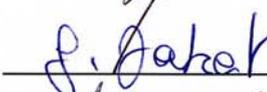
Barbara Bogdon, SPD
Mitglied



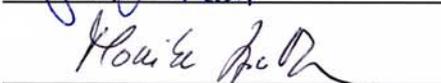
Dr. Manuel Eichler, SPD
Mitglied



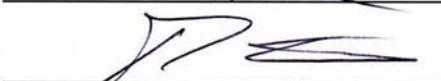
Gabriele Jakat, SPD
Mitglied



Monika Sprafke, SPD
Mitglied



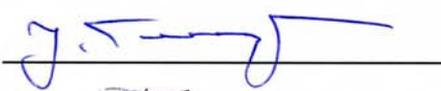
Friedhelm Alster, CDU
Mitglied



Stefan Kortmann, CDU
Mitglied



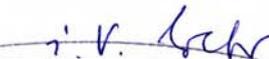
Johann Thießen, CDU
Mitglied



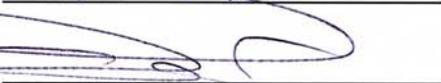
Wolfgang Friedrich, B90 / Grüne
Mitglied



Ruth Fürsch, B90 / Grüne
Mitglied



Axel Selbert, Kasseler Linke.ASG
Mitglied



Teilnehmer mit beratender Stimme

Bernd Wolfgang Häfner, Freie Wähler
Stadtverordneter

Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete

Izzet Pehlivan,
Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Jürgen Kaiser, SPD
Bürgermeister

Schriftführung

Andrea Turski,
Schriftführerin

Verwaltung/Gäste

Griebhardt/Frauenbeauftragte

Brick - 30 -

Brud Weller - 10 - 11

J. Kaiser

A. Turski

Griebhardt

Brud

Brud Weller